

Die „Zeitungsberichte“ des Regierungspräsidenten von Potsdam aus der Zeit des Deutschen Kaiserreiches (1867/71–1914) als Quelle der Regional- und Ortsgeschichte

Von ALBRECHT HOPPE

(Vortrag auf dem 13. Tag der brandenburgischen Orts- und Landesgeschichte am 22. Oktober 2017)

Ich möchte heute im Rahmen dieser Veranstaltung auf eine bevorstehende Buchveröffentlichung hinweisen, deren Erarbeitung am Ende des vergangenen Monats auf den Tag genau nach vier Jahren in ihren wesentlichen Teilen abgeschlossen werden konnte und die nunmehr vor der Drucklegung steht. Es handelt sich dabei um die kommentierte Edition der sogenannten Zeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten von 1867 bis 1914, also zur Zeit des Deutschen Kaiserreiches, die im nächsten Jahr in mehreren Teilbänden und im Gesamtumfang von schätzungsweise 3.000 Druckseiten in einer Schriftenreihe des Brandenburgischen Landeshauptarchivs erscheinen soll. Im Folgenden werde ich nach einer kurzen Charakterisierung der Zeitungsberichterstattung preußischer Verwaltungsbehörden auf den Quellenwert der edierten Berichte eingehen, indem ich beispielhaft einzelne Textpassagen aus den Dokumenten und dem Kommentarteil anführe.

Die Zeitungsberichte sind eine spezielle Gattung handschriftlich verfaßter allgemeiner Verwaltungsberichte, die in Preußen bereits seit dem frühen 18. Jahrhundert erstattet wurden und im Laufe des 19. Jahrhunderts in einer zunehmend formalisierten Weise den allgemeinen Informationsaustausch zwischen den unteren Verwaltungsbehörden, also den Ämtern und Polizeiverwaltungen der Städte, über die Landratsämter sowie den Regierungsbehörden zu den zentralen Instanzen in Berlin darstellten.

Die Zeitungsberichte der Bezirksregierungen, der bedeutendsten Mittelbehörde für die innere und Finanzverwaltung des preußischen Staates, stellten dabei das wichtigste Glied dieser Informationskette dar, da sie die von den Unterbehörden verfaßten Berichte auswerteten und in ihren wesentlichen Inhalten in einem zusammenfassenden Bericht an den König respektive an das Innenministerium weiterleiteten. Letztere Instanzen sollten mit relevant erscheinenden Neuigkeiten aus der Provinz versorgt werden. Die Berichte der Regierungspräsidenten waren dabei unmittelbar, also immediat, an den stets persönlich angesprochenen König adressiert, sie dienten aber vor allem der regelmäßigen Unterrichtung des Innenministeriums und weiterer Zentralbehörden, die auf diese Berichte als vorrangiges und aktuelles Informationsmedium für sämtliche Regionen der Monarchie zurückgreifen konnten.

Im Jahr 1867 erhielten die regelmäßigen Zeitungsberichte durch eine Kabinettsorder König Wilhelms I. einen insofern veränderten Modus, als sie von da an durchgängig bis 1914 in einem vierteljährlichen Rhythmus verfaßt wurden und eine verbindliche formale Struktur erhielten. Fortan sollten die Berichte immer die Rubriken Landeskultur, öffentliche Bauten, öffentliche Stimmung und Militärverhältnisse enthalten. Dieses engere Profil wurde dann aber durch den erheblich ansteigenden Informationsbedarf vor allem nach 1880 deutlich erweitert und auf die Bereiche des Forstwesens und des Bergbaus, der Schifffahrt sowie weiterer mehr oder weniger regelmäßig berücksichtigter Sachthemen ausgedehnt. Von Anfang an enthielten die Berichte auch teilweise ausführliche Mitteilungen über Handel und Gewerbe, das

Gesundheitswesen und über besondere Unglücksfälle und Verbrechen, jeweils ergänzt durch teils umfangreiche Statistiken.

Kurz vor Kriegsausbruch 1914 wurde die Zeitungsberichterstattung auf Antrag des Innenministers für die Dauer von zwei Jahren ganz eingestellt, um die Verwaltungen zu entlasten, bevor das Kriegsende die Berichterstattung gänzlich beendete.

Die Zeitungsberichte der Regierungen bzw. Regierungspräsidenten liegen für sämtliche Bezirke Preußens vollständig ab 1810 bis 1918 in den Beständen des Königlichen Zivilkabinetts im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem vor. Abschriften befinden sich noch in den jeweiligen Landesarchiven, hier eher nicht vollständig, während die Zeitungsberichte der Landratsämter und der Stadtkreise im Brandenburgischen Landeshauptarchiv nur für die Zeit ab 1908 vollständig erhalten sind. Für einige Kreise, nämlich für Westhavelland, Jüterbog-Luckenwalde, Beeskow-Storkow und den Stadtkreis Potsdam, sowie für einige Jahrgänge der Kreise Westprignitz, Ruppiner Land und Templiner Land existieren noch weitere geschlossene Bestände auch für die vorangegangene Zeit. Berichte der Amtsvorsteher bzw. Stadtverwaltungen liegen ebenfalls für die letztgenannten Kreise und für die Städte Altfriedland, Beeskow, Friesack, Greiffenberg, Havelberg, Ketzin, Lenzen und Oderberg vor.

Noch einige Hinweise zur Forschungslage: Es läßt sich alles in allem feststellen, daß dieses außergewöhnlich ergiebige Quellenmaterial auffallend wenig bis sporadisch in geschichtswissenschaftlichen Arbeiten verwendet wurde. Der Grund dafür liegt zum einen in der unzureichenden Editionsfrage, zum anderen wohl darin, daß die in den Archiven befindlichen Schriften so umfangreich sind, daß sie ohne einen beträchtlichen Arbeitsaufwand kaum effizient genutzt werden könnten.

Gegenstand unseres Projekts und der Edition sind also die Berichte der Potsdamer Regierungspräsidenten aus der Zeit von 1867 bis 1914. Es handelt sich dabei um insgesamt 186 Vierteljahresberichte mit jeweils sehr unterschiedlicher Länge zwischen 2 und bis zu 43 doppelseitig beschriebene Blätter, die vollständig, also auch mit ihren oft umfangreichen statistischen Anlagen, in die Edition aufgenommen wurden. Der Gesamtumfang beträgt etwa 2.400 doppelseitig beschriebene Blätter oder umgerechnet ca. 3.500 Computerdruckseiten inkl. der Kommentierung, die durchschnittlich etwa 40 Prozent einer Druckseite ausmacht.

Nun könnte vieles gesagt werden zu forschungsrelevanten Themen, z.B. über die Qualität der preußischen Leistungsverwaltung auf der mittleren und unteren Verwaltungsebene, oder über die Interessenkommunikation der Verwaltung, was in dem analytischen Teil des Projekts an der Universität Bamberg untersucht wurde, oder über die Umsetzung und die öffentliche Wirkung der Gesetzgebung, z.B. der Sozialgesetze nach 1880, der Landgemeinde- und Steuerreform von 1891, über die Herrschaftsverhältnisse im ländlichen Bereich oder über das Ausmaß des zivilgesellschaftlichen Engagements z.B. in der Kulturarbeit oder in der Sozialfürsorge. Das wird hoffentlich in Zukunft auf der Grundlage des nunmehr leicht zugänglichen, vollständig erschlossenen und kommentierten Quellenmaterials geschehen.

Hier und heute möchte ich mich aber damit begnügen, Ihnen einige Lesefrüchte aus den verschiedenen Rubriken zu präsentieren, die zeigen, daß diese Berichte nicht nur die Forschung bereichern können, sondern die Lektüre zugleich anschaulich und unterhaltsam sein kann. Wir haben es hier mit einer Quelle von vielleicht einzigartiger Bedeutung zu tun, und zwar in Hinsicht einer kontinuierlichen Berichterstattung über ein halbes Jahrhundert. Es

dürfte wohl keine Verwaltungsschrift geben, die dem Historiker und landesgeschichtlich Interessierten eine derartige Fülle von fortlaufenden Informationen über die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche der Verwaltungen sowie über besondere Vorgänge und Geschehnisse in den jeweiligen Bezirken liefert. Die Zeitungsberichte spiegeln das gesamte Spektrum der administrativen, politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse eines Bezirks wider und dokumentieren die vielfältigen Lebensbedingungen und Lebenswelten seiner Bevölkerung.

Darüber hinaus geben die Berichte Einblick in die Ideen und Vorstellungswelten der Bezirksbeamten und erlauben Rückschlüsse auf das Verwaltungshandeln und die Interessenpolitik ihrer Präsidenten, denn die Zeitungsberichte erwiesen sich als ein wichtiges Medium, um Anliegen der Verwaltungen und Interessen ihrer Bevölkerungen, Unterbehörden, Korporationen, Gewerbetreibenden oder Gutsbesitzern bzw. Landwirten gegenüber den Berliner Zentralbehörden zu artikulieren. Die Zeitungsberichte verweisen besonders auf Angelegenheiten der sogenannten Daseinsversorgung der Verwaltung, also den Aufbau der Infrastruktur im weitesten Sinne, im Einzelnen der Bau von Straßen, Eisenbahnen, Krankenhäusern, Schulen, Kirchen, der Gewährleistung von Volksschulbildung und Gesundheitsversorgung, der Bereitstellung der Energieversorgung, dem Aufbau der städtischen Kanalisation und der Verbesserung der hygienischen Verhältnisse, der Bekämpfung von Epidemien bzw. Viehseuchen, von Notständen nach Hochwasser, Unwetter oder Ernteausfällen und vieles mehr. Darüber hinaus werden Themen der "großen Politik" behandelt, sofern sie sich auf die Angelegenheiten des Bezirks beziehen, darunter die Wirkung der Gesetzgebung, die Wahlen zum Reichstag und Landtag, die Arbeit der politischen Parteien, hier vor allem der Sozialdemokratie, aber auch der Vereine, daneben wird immer wieder auch Bezug genommen auf die Wirkung internationaler Krisen in der Bevölkerung.

Gerade hinsichtlich der enormen infrastrukturellen Aufgaben der Staatsverwaltung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erscheint der autoritäre Charakter des bürokratischen Anstaltsstaates, wie ich meine, in einem anderen Licht, nämlich in der Hinsicht, daß die Akteure der Staatsverwaltung, akademisch gebildet und ausgestattet mit einem hohen elitären Anspruch, nicht nur politische Opposition, sondern auch widerspenstige Inhaber vor allem der unteren Ämter, z.B. der Ortsvorsteher im Rahmen ihrer Tätigkeit, mitunter als störend empfanden.

Dazu beispielhaft aus dem Zeitungsbericht des Landrats Hoffmann in Jüterbog vom 4. Januar 1875: "Durch die Neuwahl der Gemeinde-Vorstände sind in einer Reihe von Gemeinden nur Personen als Gemeinde-Vorsteher berufen worden, von denen nur die Minderheit den zu stellenden Anforderungen genügt; der Mehrzahl fehlt es an Kenntniß der Gesetze und der geschäftlichen Form und entspricht ihre Leistungsfähigkeit nicht der Heftigkeit der Opposition, welche sie früher in der Regel ihren Amtsvorgängern gemacht haben".

Diese Bedenken räumte auch Regierungspräsident Freiherr von Schlotheim einige Jahre später in seinem Zeitungsbericht vom 10. Juli 1880 ein. Er wies darauf hin, daß infolge von Neuwahlen ein bedeutender Personenwechsel stattgefunden habe und darüber geklagt werde, daß "Partei-Verhältnisse und Rücksichten auf persönliche Interessen [...] dahin geführt hätten, daß in zahlreichen Gemeinden bewährte Vorsteher nicht wiedergewählt und durch weniger befähigte ersetzt worden seien". Zudem sei der ständige Wechsel der Amtsinhaber nachteilig, weil der neue Schulze sich in sein Amt erst einarbeiten müsse.

Die Leser der Berichte werden möglicherweise staunen über die professionelle Ausführung damaliger Bauprojekte, wie z.B. die des Oder-Spree-Kanals oder manch bedeutender Eisenbahnbauten wie der Brandenburgischen Städtebahn oder der Berliner Stadt- und Ringbahn oder auch die in bemerkenswert kurzer Zeit ausgeführten Kanalisationen zunächst der Stadt Berlin und schließlich aller anderen Städte und größeren Landgemeinden, die allen Anschein nach in der Regel im Rahmen der veranschlagten Kosten und Zeiträume geblieben sind. Das gilt auch für den Bau von öffentlichen Gebäuden wie der Observatorien auf dem Potsdamer Telegraphenberg oder des Joachimsthalschen Gymnasiums in der Kaiserallee in Wilmersdorf, das wegen seiner imposanten Ausstattung selbst den bei der Einweihung anwesenden Wilhelm I. beeindruckte. Ganz zu schweigen von den unzähligen Kirchbauten in Stadt und Land, die nicht ohne den engagierten Einsatz der Kaiserin Auguste Victoria, im Volksmund "Kirchenguste" genannt, der "preußischen Antwort auf Sittenverfall und Sozialdemokratie", zustande kamen.

Andererseits ist das Aufkommen von Beschwerden betroffener Anlieger der großen Bauprojekte immens, interessanterweise auch dort, wo man es eher nicht erwartet, nämlich z.B. bei der Errichtung der Berliner Kanalisation mit heute kaum noch nachvollziehbaren Begründungen, oder bei den Bauten der Wasserstraßen, weil diese mitunter dazu führten, daß der Grundwasserspiegel anstieg und die Wiesen der Landwirte oder die Gärten der Anwohner unter Wasser setzten, oder auch, weil den Bewohnern der Freizeit- und Erholungswert verloren ging, so wie es bspw. beim Bau des Teltowkanals in zahlreichen Eingaben an die Behörden nachgewiesen werden kann, oder von Hausbesitzern, weil sie keine Zufahrt zur neuangelegten Chaussee bekamen, für die ersten Autofahrer, die die Schranken der Gebührenstationen an den neugebauten Chausseen einfach durchbrachen, weil diese ihnen den Fahrspaß verleideten, und vieles mehr. Man stellt insgesamt erstaunt fest, wie groß das zivilgesellschaftliche Engagement der Bevölkerung war, und zwar in sämtlichen Schichten, wobei wenig Unterschiede zu heutigen Verhältnissen zu erkennen sind. Denn zweifellos hat es den sogenannten "Wutbürger" auch schon um 1900 gegeben, auch wenn der Anschein des Untertanengeistes zumindest nach außen hin noch stärker bewahrt wurde.

Dieser Geist des zivilen Protestes ist natürlich erst recht bei streikenden Arbeitern erkennbar, zunächst gegenüber den Werksleitern in den Betrieben, woraufhin überhaupt erst die Behörden bzw. die Polizei eingeschaltet wurden, oder wenn aufgebrachte Landwirte die Türen der Amtsvorsteher einrannten und sich über die ungünstige Entwicklung der Agrarpreise, über Arbeitskräftemangel oder über Manöverschäden beschwerten. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die immer mal wieder auftretenden schweren Krawalle von Arbeitern wie z.B. 1873 in Erkner, ich zitiere nach dem Zeitungsbericht des Regierungsvizepräsidenten von Kamptz vom 28. Oktober 1873:

"Am 19. Juli ist in Erkner ein schwerer Exceß verübt worden. Bei einem in dem Beneke'schen Gasthause daselbst stattgehabten Richtschmaus, an welchem 43 Maurer- und Zimmergesellen, der Mehrzahl nach aus Berlin, theilnahmen, kam es zwischen diesen und dem Wirthe zu Reibungen, welche bald in eine großartige Schlägerei ausarteten. Der Wirth, welcher mit mehreren ihm zur Hülfe geeilten Einwohnern des Orts sich tapfer vertheidigte und sich hierbei eines sechsläufigen Revolvers bediente, verwundete sich selbst unvorsichtiger Weise, nachdem er fünf Schüsse auf seine Angreifer abgefeuert hatte, durch den sechsten Schuß in der Brust. Im Ganzen sind zehn Personen schwer und elf leicht verwundet und ist das Innere des Hauses, einschließlich der Fenster, Thüren und Füllungen sowie das Wirthschaftsmobiliar total zertrümmert. Die Nähe des Bahnhofs begünstigte die Flucht der Excedenten, jedoch sind

mehrere derselben sofort ermittelt und verhaftet. Auf Grund der alsbald eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung sind inzwischen fünf Personen wegen Sachbeschädigung, Körperverletzung und Hausfriedensbruchs, und zwar zwei zu sechsmonatlichen und drei zu fünfmonatlichem Gefängniß verurtheilt worden. Von den Verwundeten ist keiner gestorben. Auch soll Aussicht auf Genesung des Gastwirths Beneke vorhanden sein"

Zu den vorrangigen Aufgaben der Daseinsvorsorge durch die Bezirksregierung gehörten die Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse und der Hygiene. Die Rubrik des Gesundheitswesens stützt sich dabei auf teils ausführliche Berichte der Kreisärzte sowie Veterinärärzte, die tiefe und anschauliche Einblicke z.B. in die teilweise erschreckenden Wohnverhältnisse ärmerer Bevölkerungsschichten, der Qualität der Trinkwasserversorgung und von Nahrungsmitteln bieten: Bereiche also, die durch staatliche Leistungen und infolge wissenschaftlicher bzw. medizinischer Erkenntnisgewinne über die Jahrzehnte erheblich verbessert werden konnten. Und die Aufgaben, vor denen die Verwaltung stand, waren auch hier gewaltig.

Gehen wir in das Jahr 1871, das ja wie kaum ein anderes nach dem siegreichen Krieg in Frankreich und der Errichtung des Deutschen Kaiserreiches von Siegesfeiern und nationaler Begeisterung geprägt war - einerseits. Andererseits forderte in diesem Jahr eine Pockenepidemie allein im Bezirk Potsdam und Berlin insgesamt fast 8.000 Menschenleben und hielt auch im darauffolgenden Jahr weiter an. In Norddeutschland soll es insgesamt 120.000 Tote gegeben haben. Der stellv. Landrat in Templin berichtete am 30. Juni 1871 in seinem Zeitungsbericht, daß in der kleinen Ortschaft Badingen allein in der Zeit vom 6. März bis 15. Mai insgesamt 50 Personen erkrankten, von denen 12 starben.

Infektionskrankheiten aller Art waren weit verbreitet, die Diphtherie natürlich, auch die Masern, die z.B. im Jahr 1887 in dem bevölkerungsreichen Berliner Vorortkreis Niederbarnim mit über 800 Erkrankungen konzentriert in wenigen Orten auftraten, 51 davon mit tödlichem Verlauf. Dazu ausführlich im Jahresbericht des Kreisarztes Philipp vom 31. März 1888, der ganz nebenbei in einem kleinen Dorf in der Nähe von Liebenwalde noch weitere Mißstände feststellte: "Im Juni begann eine sehr heftige Epidemie in Liebenwalde und erkrankten daran nach den gemachten Erhebungen gegen 400 Kinder, wovon 9 starben. Im August stellte sich im benachbarten Dorf Hammer ebenfalls die Krankheit ein, es starben daselbst bis zum November 10 Kinder von ungefähr 100 Erkrankten". In Hammer stellte Philipp "eine unglaubliche Verunreinigung der Schulzimmer und zwar durch den Lehrer selbst" fest: "Der Lehrer hatte sich mit seiner Familie in die Schulzimmer einquartiert, aber augenscheinlich niemals daran gedacht, auch nur die oberflächlichste Reinigung derselben vorzunehmen. In einem Zimmer waren Heidelbeeren eingelegt worden, das ganze Zimmer mit seinen Subsellien durch die verschütteten, zertretenen und faulenden Früchte verunreinigt, im anderen waren große Vogelkäfige, ein Hund etc. und die Excremente dieser Thiere lagen dick auf Bänken und Fußboden, dazu Küchenabfälle, Müll etc. Der Geruch in den Zimmern war unerträglich".

Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Kinder- und Säuglingssterblichkeit im Bezirk Potsdam im dokumentierten Zeitraum fortlaufend zu den höchsten in der preußischen Monarchie gehörte.

Über den Handel mit verseuchtem Fleisch berichtete Regierungsvizepräsident Freiherr von Schlotheim in seinem Zeitungsbericht vom 17. Oktober 1874: "Ein Theil der hiesigen Fleischer hat in höchst gewissenloser Weise eine Täuschung und Uebervortheilung des Publikums dadurch herbeigeführt, daß sie verdorbene Därme, Lungen, Leber, Magen, von

Berliner Fleischern bezogen und bei der Wurstfabrikation verwendet haben sollen". Es wurde festgestellt, daß "ein großer Theil hiesiger Fleischer, die sich mit der Wurstfabrikation beschäftigen, verdorbene Waare aus Berlin seit Jahren bezogen haben".

Zu den wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge gehörten die Maßnahmen bei Naturkatastrophen wie die im 19. Jahrhundert noch ganz üblichen Überschwemmungen in den Elb-, Havel-, Spree- und Oderniederungen. Die größte Naturkatastrophe dieser Epoche des späten 19. Jahrhunderts ereilte wohl die Lenzerwische durch gleich mehrere aufeinanderfolgende Deichbrüche am 20. und 21. März 1888, die tausende Bewohner in eine akute Notlage stürzte und über Jahre ein Ausmaß an Katastrophenmaßnahmen des Staates und an Hilfsbereitschaft der Bevölkerung bewirkte, wie wir sie 1997 bei dem Jahrhunderthochwasser an der Oder selbst erlebten. Dieses und andere spektakuläre Ereignisse wie z.B. der große Brand der Stadt Havelberg am 6. Februar 1870 sind in diversen Berichten sowohl des Regierungspräsidenten als auch seitens der Unterbehörden ausführlich dokumentiert.

Zu den ständigen Rubriken der Zeitungsberichte gehörten die Mitteilungen über Unglücksfälle, Selbstmorde und Verbrechen, obwohl diese gemäß Kabinettsorder von 1867 gar nicht verbindlich war.

Am 19. Oktober 1912 meldete Regierungspräsident von der Schulenburg einen aufsehenerregenden Überfall auf drei Frauen namens Voss aus Nauen und Mutter und Tochter Karstaedt aus Selbelang in einem Vorortzug zwischen Nauen und Finkenkrug. Das aufsehenerregende Verbrechen ereignete sich am 16. August um 5.43 Uhr und war bereits längst von allen Gazetten ausführlich gemeldet, z.B. im Berliner Tageblatt mit dem reißerischen Titel "Schreckenstat im Vorortzug Nauen–Berlin". Die drei Frauen wurden durch einen unbekanntes Täter vom Nachbarabteil überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. Nachdem der Zug zum Stehen gebracht wurde, gelang dem Täter die Flucht auf einem Damenrad. Zu seiner Ergreifung wurde von der Eisenbahndirektion und vom Regierungspräsidenten eine Belohnung von jeweils 1.000 Mark ausgesetzt. Näheres erfahren wir im Bericht des stellv. Landrats Hue de Grais vom 17. August 1912: "Aus ihrer [Fräulein Karstaedts] Aussage geht hervor, dass der Täter während des ganzen Vorgangs kein Wort gesprochen noch sonst eine Ansicht zu erkennen gegeben hat. Er hat vielmehr nur in blinder Wut aufs Geratewohl auf seine Opfer losgestochen. Die Verfolgung des Verbrechers wurde alsbald von Mitreisenden aufgenommen. Leute auf dem Felde schlossen sich an. Seine Ergreifung gelang indes nicht". Der Mörder wurde schließlich in der Person des Fleischergesellen Nettelstroh gegen Ende des Jahres gefaßt, was Landrat von Hahnke am 28. Dezember 1912 meldete. Hier sei noch bemerkt, daß in vielen Fällen über die Akten und über die Zeitungen die Identität der von Verbrechen und Unglücksfällen betroffenen Personen geklärt werden konnte. Es ist also durchaus möglich, daß der eine oder andere Leser dieser Quelle einiges über seine Vorfahren erfahren kann, wobei es dahingestellt ist, ob die Informationen erfreulich oder unerfreulich sind, wie an dem letzten Beispiel zu sehen ist.

Über den Einfluß der Presse äußerte sich der Potsdamer Polizeipräsident von Engelcken infolge des Attentats auf den russischen Zaren Alexander II. im Jahr 1881: "Die Presse übt einen sehr nachtheiligen Einfluß auf die Gemüther, was bei dieser Gelegenheit so recht deutlich hervorgetreten ist. Ein sehr großer Theil des Publicums tritt der vor der Presse vertretenen Ansicht bei, daß das Attentat nicht verübt worden wäre, wenn die russischen Völker eine Verfassung erhalten hätten, ohne zu bedenken, daß dies wegen des

Culturzustandes der russischen Völker mit ihren über 100 Sprachen pp. für jetzt unmöglich ist. Wenn das Publicum auch hierin keine Entschuldigung für die gräßliche That findet, so wird es doch gegen die russische Verwaltung in einer Weise eingenommen, welche eine Rückwirkung auf deutsche Verhältnisse ausübt. Die Wurzel alles Uebels bezüglich der inneren Politik liegt in der Presse, die ja doch nur ihre eigenen Vortheile verfolgt unter der gern geglaubten Vorspiegelung, sie vertrete das Interesse des Volkes" (aus dem Zeitungsbericht vom 16. März 1881).

Von größter Bedeutung ist die seit den 1880er Jahren meist sehr ausführlich ausfallende Berichterstattung über die gewerblichen Verhältnisse des Bezirks, die erst durch die vierteljährliche Berichterstattung der Gewerberäte bzw. Gewerbeinspektoren möglich war und die infolge der neuen Wirtschaftspolitik Bismarcks das wachsende Bedürfnis nach Informationen über diesen Bereich widerspiegelt. Die Berichterstattung dokumentiert nicht nur die enorme Dynamik der Industrieregion um Berlin im ausgehenden 19. Jahrhundert mit den schillernden Namen der Unternehmen Siemens, AEG oder Borsig, sondern gleichermaßen die gewerblichen Verhältnisse in den größeren Industriestädten des Bezirks und der ländlichen Gebiete, und sie gibt Auskunft über gefährdete oder untergehende Branchen wie die kleinen Webereien z.B. in Zinna oder Bernau, die Bilderbogenindustrie in Neuruppin oder die Hufnagelfabriken wie die von Moeller & Schreiber am Finowkanal, die in der Hoch- und zugleich Endphase des Zeitalters der Pferde um 1890 noch ca. 1.500 Arbeiter beschäftigte.

In den Berichten werden zudem an sich komplizierte ökonomische Zusammenhänge wie die von Produktion, Absatz und Preisbildung, Rentabilität und Beschäftigungslage der Unternehmen sowie konjunkturelle Entwicklungen leicht verständlich vor Augen geführt.

Vieles könnte man darüber mitteilen, doch will ich mich hier mit einem Blick auf das imposante Wachstum der großen Berliner Brauereien nach der Reichsgründung begnügen, deren Dominanz die kleineren Betriebe im Bezirk nahezu erdrückte.

Dazu Regierungsvizepräsident von Kamptz in seinem Zeitungsbericht vom 22. Juli 1873: "Den größten Vortheil von den hohen Arbeitslöhnen haben die Brauereien, welche auch in diesem Jahre sehr gute Geschäfte machen und dem Bedürfniß kaum Genüge leisten können, da jeder Arbeitsmann jetzt seinen Durst mit bairischem Bier und nicht mehr mit Wasser stillt".

Die Geschäftslage der Bierbrauereien blieb ungeachtet der wirtschaftlichen Krise seit 1873 unverändert günstig. So erhöhte sich die Produktion der Berliner Brauereien seit dem Geschäftsjahr 1870/71 um über 75%; in der Hauptstadt wurde mit jährlich 200 Liter pro Kopf mittlerweile annähernd so viel Bier getrunken wie in Bayern (219 Liter), während der durchschnittliche Konsum in ganz Preußen nur bei 40 Liter lag, und das, obwohl so manches "Gebräu noch immer zu wünschen übrig" ließ, wie im Jahresbericht des Ältestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft zu lesen ist.

In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß im Jahr 1874 im Bezirk Potsdam insgesamt 325 Anträge zum Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften eingereicht wurden; im darauffolgenden Jahr wurden allein im Kreis Teltow insgesamt 315 Konzessionen erteilt, davon 38 in Charlottenburg.

Zu den ständigen Inhalten der Rubrik Handel und Gewerbe gehörte die Berichterstattung über Streiks, und nicht immer waren berechtigte Lohnforderungen der Anlaß. Regierungspräsident

von Moltke meldete jedenfalls am 27. April 1901 einen Streik bei Borsig in Tegel, über dessen Anlaß wir erst Näheres aus den Berichten des Landrats und des Gewerbeinspektors erfahren. An dem Streik im Frühjahr 1901 beteiligten sich ca. 2.200 Arbeiter, weil etwa 100 Arbeitern der Zutritt zur Fabrik verweigert wurde, da sie trotz eines kurz zuvor veranlaßten Verbots Bier mit sich führten. Der Streik wurde bereits am darauffolgenden Tag infolge von Zugeständnissen der Fabrikleitung beendet. Nach Aussage Ernst Borsigs vom 5. Februar 1901 hatten die Arbeiter stillschweigend geduldete Abweichungen von den Pausen immer weiter ausgedehnt, so daß das Biertrinken gänzlich untersagt werden mußte: "[...] ein Jeder nahm sein Frühstück zu einer Zeit ein, welche ihm am geeignetsten erschien, sodass das Biertrinken in der letzten Zeit während des ganzen Tages stattfand [...]". Weitere aussagekräftige Berichte darüber wie die des Gewerbeinspektors Hölzer über ein Zusammentreffen mit einem betrunkenen Arbeiter sind ebenfalls im Kommentar ergänzt.

Außerordentlich groß war die Notlage vieler Arbeitssuchender, die infolge der Wirtschaftskrise um 1873 besonders in der Umgebung von Berlin durchs Land irrten und die örtlichen Behörden vor außerordentliche Anstrengungen stellten. Jedenfalls wurde die Bevölkerung von der Regierung in Potsdam aufgefordert, an Bettler und Landstreicher keine "milden Gaben" zu verabreichen, sondern die betreffenden Personen an die örtliche Polizeibehörde auszuliefern. Nach Auffassung des Landrats Hoffmann (Jüterbog) hatte "[...] das Betteln und Vagabondieren arbeitsloser und arbeitsscheuer Individuen in einer für das Publicum gefahrdrohenden Weise überhand genommen [...]. Man begegnet gegenwärtig auf jeder Straße die Vagabonden mit den ausgeprägtesten Galgenphysiognomien". Der Landrat hielt übrigens die Maßnahmen der Regierung für verfehlt, weil "Schulze und Polizeiherr den Contravenienten aus Furcht oder wegen der Umstände und Kosten, die die Bestrafung herbeiführen, wieder laufen lassen"; so im Zeitungsbericht vom 27. November 1872.

Die Armut war groß, ohne Zweifel; andererseits ist eindeutig nachweisbar, daß der materielle Wohlstand des größten Teils der Bevölkerung im späten 19. Jahrhundert erheblich zugenommen hat, was die jährlich veröffentlichten Einlagen bei den Sparkassen beweisen. Die Spareinlagen im Regierungsbezirk Potsdam stiegen nämlich von insgesamt knapp 14 Mio. Mark im Jahr 1872 auf sage und schreibe 120 Mio. Mark (!) im Jahr 1900 allein bei den Kreissparkassen.

Unter diesen Umständen erstaunt es nicht, daß die Zeit des Kaiserreiches von zahlreichen nationalen und regionalen Festveranstaltungen geprägt war. Hier sind besonders zu nennen die unter staatlicher Regie organisierten Kaisergeburtstage oder die Sedantage, die in den Städten und Städtchen ausgiebig gefeiert wurden. Dabei entpuppte sich die Stadt Dahme als ausgesprochen feierlustig, wenn man nach den Berichten der dortigen Stadtverwaltung geht. Ich zitiere aus dem Zeitungsbericht vom 24. März 1874 über die Feiern zum 77. Geburtstag Wilhelms I.: "Das Rathhaus und der Platz vor demselben waren mit Guirlanden und Flaggen in den Landesfarben geschmückt und in früher Morgenstunde verkündeten vom Rathhausthurm die vom Stadtmusik-Corps intonirten Klänge eines Chorals und der National-Hymne den Beginn einer für Jung und Alt wahrhaft erhebenden Festfeier. Hierauf Zapfenstreich und demnächst vom Rathhause feierlicher Aufzug des Vereins deutscher Waffengefährten nach der Hauptkirche, um dem Vormittagsgottesdienste daselbst beizuwohnen. Aber auch der Nachmittag und Abend bot dem Beobachter Gelegenheit, wahrzunehmen, wie warm die Herzen der in den Räumen des hiesigen Schießhauses zu einem Festessen versammelten Theilnehmer unserm Allergnädigsten Landesvater entgegen schlugen. In der freudigsten Stimmung endete die schöne Feier dieses wahren Volksfestes erst

in den frühen Morgenstunden. Verschiedene Privatgebäude prangten ebenfalls im festlichen Flaggenschmuck".

Feierlich verliefen auch die häufigen Denkmaleinweihungen, so die des Kaiser-Wilhelm-Turms im Grunewald am 9. Juni 1899, was Regierungspräsident Graf Hue de Grais am 17. August des Jahres in seinem Zeitungsbericht meldete und was das Berliner Tageblatt zu einer malerischen Landschaftsbeschreibung veranlaßte: "Ein neues Wanderziel bietet sich den Bewohnern Berlins und den die Hauptstadt besuchenden Fremden jetzt dar: der Kaiserthurm auf dem Karlsberg im Grunewald, der von morgen ab dem Publikum geöffnet und sicherlich am Sonntag das Ziel vieler Tausende sein wird. Er befindet sich an einem der landschaftlich schönsten Punkte an der Havel – zwischen Wannsee und Schildhorn – und bietet eine Aussicht von entzückender Schönheit. Vor dem Beschauer bereitet sich der Fluß mit seinen Ausbuchtungen und Seen in weiter Ausdehnung aus. Der Blick schweift über die Villenkolonie Alsen bis Potsdam und auf der anderen Seite bis Spandau. Im Nordosten erblickt man – in einer Entfernung von etwa 15 Kilometer bis zum Brandenburger Thor – in dunklen Umrissen das Häusermeer von Berlin, aus dem sich die Kuppeln des neuen Domes und des Reichstagsgebäudes vom Horizont abheben. Die westlichen Vororte – Friedenau und Steglitz, Groß-Lichterfelde mit dem Thurme des Kadettenhauses und Zehlendorf sind deutlich zu erkennen. Selbst bis zu den Müggelbergen und den großen industriellen Anlagen an der Oberspree erstreckt sich der Fernblick. Es ist ein Panorama von eigenartigem Reiz, das in dem Wechsel von dunklem Tannenwald und blauen Wasserflächen, von fernen Häusermassen und idyllischen Dörfern immer aufs Neue den Blick fesselt".

Ich möchte es bei diesen wenigen von unzähligen weiteren ähnlich anschaulichen Beispielen belassen. Sämtliche der hier verwendeten Zitate finden sich entweder in den edierten Dokumenten oder in den etwa 15.000 Anmerkungen umfassenden Kommentarteil, der ca. 90% der Inhalte der Zeitungsberichte abdeckt. Neben dem editorischen Kommentar, der die edierten Dokumente mit weiteren Archivalien und Hintergrundinformationen ergänzt, stehen diverse Register zur Verfügung, die die effiziente Benutzung dieser umfangreichen Quellensammlung erleichtern sollen.

Damit komme ich zum Schluß. Ich hoffe, verdeutlicht zu haben, daß diese Edition nicht nur zu weiteren Forschungen animieren kann, sondern auch dem orts- und landesgeschichtlich Interessierten eine Fülle von vielleicht weniger oder gänzlich unbekanntem Informationen bietet. Daher bleibt zu wünschen, daß zukünftig weitere Bezirke mit diesem Quellenmaterial bedacht werden, was ja auch am ehesten dazu beitragen würde, daß die heutige, sehr auf Berlin und die Staatsspitze fokussierte Preußenforschung mehr als bisher auch die Geschichte der Provinzen und ihrer Verwaltungen berücksichtigt.